

Protokoll der Einwohnerversammlung **Stuttgart – Mühlhausen**

Datum 26. September 2016
Beginn 19:00 Uhr
Ende 21:15 Uhr
Ort Turn- und Versammlungshalle Mühlhausen,
Arnoldstraße 10, 70378 Stuttgart

Vorsitz Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung Edda Reiter-Katein

I. Begrüßung durch den Bezirksvorsteher

Herr Bezirksvorsteher Bohlmann begrüßt die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks und erinnert daran, dass es in den letzten zwei Jahren, seit er in Mühlhausen tätig sei, zahlreiche „Highlights“ gegeben habe. Die Einwohnerversammlung gehöre für ihn hier ebenfalls dazu.

Herr Bohlmann bringt in seiner Begrüßung seine Freude zum Ausdruck, dass Herr Oberbürgermeister Kuhn bereits mehrfach im Stadtbezirk begrüßt werden konnte. Im weiteren Verlauf begrüßt der Bezirksvorsteher herzlich die anwesende Bürgermeisterin und die anwesenden Bürgermeister. Insbesondere geht er dabei auf die neu verteilten Aufgabenbereiche seit der Umgestaltung der Referate im Sommer 2016 ein.

Der Bezirksvorsteher entschuldigt Herrn Ersten Bürgermeister Föll und Herrn Dr. Mayer, Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht, der am 22. September 2016 gewählt wurde und zum 15. Oktober seinen Dienst antritt.

Weiter begrüßt Bezirksvorsteher Bohlmann Herrn Winter, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen im Gemeinderat und Herrn Fuhrmann, Betreuungsstadtrat der CDU für Mühlhausen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Körner habe angekündigt, etwas später zu kommen. Weiter begrüßt Herr Bohlmann Stadträtin Gröger von der SPD und Bezirksvorsteherin Lindel aus Plieningen-Birkach.

Herzlich willkommen heißt der Bezirksvorsteher weiter die Mitglieder des Bezirksbeirats und des Jugendrats, alle Vertreterinnen und Vertreter der Vereine, Initiativen und

Kooperationspartner aus dem Stadtbezirk, die Vertreter der Polizei und der Freiwilligen Feuerwehr sowie die Vertreter der Presse.

Die Einwohnerversammlung sei dazu da, den Einwohnern die Möglichkeit zu geben, mit der Verwaltungsspitze direkt ins Gespräch zu kommen. Das letzte Mal habe man in Mühlhausen im Jahr 2009 diese Gelegenheit gehabt. Seit damals habe es nicht nur auf dem Bezirksvorsteherposten Veränderung gegeben, sondern auch im Stadtbezirk, so Bezirksvorsteher Bohlmann. Veränderungen und Entwicklungen aller Art seien in den letzten beiden Jahren von der Bevölkerung im Stadtbezirk immer sehr konstruktiv, engagiert und auch streitbar mitgetragen, unterstützt oder zumindest toleriert worden. Dies mache den Stadtbezirk Mühlhausen aus und erkläre, warum die Einwohnerinnen und Einwohner gerne hier leben. Bezirksvorsteher Bohlmann nutzt die Gelegenheit, sich bei denjenigen zu bedanken, die sich im Stadtbezirk ehrenamtlich oder hauptamtlich engagieren, sich zu den unterschiedlichen Themen einbringen und damit zu einem positiven Miteinander beitragen.

Für die Organisation im Vorfeld der heutigen Veranstaltung bedankt sich Herr Bohlmann besonders bei den Mitarbeiterinnen des Bezirksamts und dem Team um Frau Weiß, von der Abteilung 10-2, die diesen Abend sehr gut vorbereitet haben und die sich auch im Alltag für den Stadtbezirk einsetzen.

Bezirksvorsteher Bohlmann dankt für die Aufmerksamkeit und fordert die Einwohnerinnen und Einwohner auf, die Möglichkeit zu nutzen, Herrn Oberbürgermeister Kuhn und der anwesenden Fachbürgermeisterin sowie den anwesenden Fachbürgermeistern Fragen zu stellen, Kritik zu üben oder auch Lob auszusprechen. Er gibt damit das Wort an Herrn Oberbürgermeister Kuhn weiter.

II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Herrn Bezirksvorsteher Bohlmann sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner und entschuldigt sich für seine starke Erkältung. Die Diskussion am Anschluss an seine Ansprache werde aus diesem Grund Herr Bürgermeister Wölfle leiten.

Oberbürgermeister Kuhn heißt die Besucher herzlich willkommen und möchte zunächst darauf eingehen, welches Bild in Stuttgart vom Stadtbezirk Mühlhausen herrscht – „Dorf am Rande der Stadt“ werde genannt, „wunderschön“, „die Gemeinschaft am See“. Es klinge immer sehr gut, wenn über Mühlhausen gesprochen werde. Der Max-Eyth-See, die Steillagentage, die Bauernhöfe und vieles mehr tragen zu diesem Bild bei und der Neckar sei zusammen mit dem Weinbau und allem anderen ebenfalls attraktiv, sodass die Stuttgarterinnen und Stuttgarter den Stadtbezirk laut Oberbürgermeister Kuhn loben. Man brauche nur lange für die Anfahrt.

Insgesamt stellt der Oberbürgermeister fest, dass die Stuttgarterinnen und Stuttgarter einen sehr positiven Eindruck von Mühlhausen haben.

Insgesamt 25.642 Menschen leben im Stadtbezirk, er wachse leicht, seit 2010 habe man 400 Einwohner mehr. Der Altersdurchschnitt liege bei 45,3 Jahren und damit über dem der Gesamtstadt Stuttgart, der bei 41,9 Jahren liege.

Am 31.12.2015 waren 12.518 Einwohner im Stadtbezirk über 65 Jahre alt.

Der Ausländeranteil liege bei 20,3 %. In den letzten zehn Jahren sei er um 2 % gestiegen, in Stuttgart liege er bei 24,6 %. Im Stadtbezirk hat jeder zweite Einwohner einen Migrationshintergrund.

Der Wert liegt bei 49,8 %, in Stuttgart gesamt bei 43,8 %.

Diese Zahlen teile der Oberbürgermeister bei jeder Einwohnerversammlung mit, damit der Stadtbezirk besser eingeschätzt werden kann. Zusammengefasst könne gesagt werden, dass Menschen aus sehr vielen Ländern in Mühlhausen sehr friedlich und gut integriert zusammen leben.

Mühlhausen habe dieselben Probleme, die Stuttgart als ganze Stadt ebenfalls habe. Das größte Problem der Stadt Stuttgart heute sei neben dem Wohnungsmangel, über den er später noch sprechen werde, der Verkehr. Im Stuttgarter Kessel gibt es nach Ansicht des Oberbürgermeisters zu viele Autos. Zu viele Fahrzeuge aus der gesamten Metropolregion wollen durch das Nadelöhr in die Stadt hinein.

Am Anfang seiner Zeit als Oberbürgermeister habe er deshalb das Ziel ausgegeben, den Autoverkehr um 20 % zu verringern, um die Luftproblematik, den Stress und Stau, der mit dem Verkehr einhergeht, zu verringern. Diese Probleme gebe es im Stadtbezirk auch. Man müsse nur die Kreuzung Aldinger Straße/Mönchfeldstraße mit den regelmäßigen Staus zur Hauptverkehrszeit und den damit einhergehenden Busverspätungen betrachten.

Es stelle sich die Frage, was man gegen das Problem „zu viel Verkehr“ tun könne. Die Stadt entwickle gerade ein Verkehrskonzept, auf das nachher noch eingegangen werde. Das wesentliche Verkehrskonzept zur Entlastung des Stadtbezirks bestehe mit der Stadtbahn jedoch schon und werde derzeit noch verbessert durch die Linie U 12, die im Spätsommer 2017 bis Remseck verlängert werde. Es werden zukünftig sogenannte 80-Meter-Züge eingesetzt und man erreiche den Hauptbahnhof von Mühlhausen fünf Minuten schneller als bisher. Dies stelle eine Beschleunigung und eine Verbesserung des Fahrkomforts dar. Die Linie U 14 bleibe weiter bestehen, fahre aber nicht mehr bis Remseck sondern nehme das Kehrgleis in Mühlhausen, sodass die Einwohner von Hofen und Mühlhausen auch direkt nach Bad Cannstatt fahren können. Schon im Oktober 2016 werde die neue Linie U 19 von Neugereut an den Neckarpark im 10-Minuten-Takt eingerichtet, um die Linie U 2 zu entlasten und damit die Menschen schneller und besser in die Stadt – in diesem Fall über Bad Cannstatt – kommen können. Dies sehe er als gute Botschaft für den Stadtbezirk. Systematisch werden die Möglichkeiten, um mit der Stadtbahn schnell nach Stuttgart und auch nach Remseck zu kommen, ausgebaut. Der Verkehr in die Innenstadt wird seiner Ansicht nach vom Stadtbezirk Mühlhausen und von Remseck aus verbessert und sollte zukünftig in der Regel über die Stadtbahn laufen, um den Autoverkehr zu reduzieren. Der Oberbürgermeister bittet inständig darum, diese millionenschweren Investitionen auch zu nutzen. Dann werde die Verkehrsproblematik verringert. Dieser Appell werde von ihm auch an die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Remseck gerichtet.

Stau und Stress komme davon, dass zu viel gefahren werde. Es gebe immer Fahrten, die sich nicht vermeiden lassen, aber das müsse nicht regelmäßig sein. Man habe in Stuttgart eine top Lage mit der Stadtbahn und damit eine konkrete Lösung.

Oberbürgermeister Kuhn schließt ein weiteres Thema, das viele interessiert und auch besorgt, gleich an: die Frage der Flüchtlingsunterbringung. In Hofen habe man 243 Plätze und im Sturmvogelweg in Neugereut 159 Plätze. Die Unterkunft im Stamitzweg wurde von der Stadt zurückgestellt, da gegenwärtig so wenige Flüchtlinge kommen, dass keine neuen Unterkünfte gebaut werden müssen. Wenn die Anzahl der Flüchtlinge wieder stark steigen sollte, werde die Unterkunft benötigt.

Die Stadt Stuttgart hat durch den engagierten Einsatz der Bürgerschaft und der Verwaltung eine große Leistung vollbracht, die hohe Anzahl an Flüchtlingen gut unterzubringen.

Oberbürgermeister Kuhn spricht seinen Dank an die beiden großen Freundeskreise im Stadtbezirk für das Engagement aus, ohne die es nicht so gut funktionieren würde.

Der „Stuttgarter Weg“ – die dezentrale Unterbringung und zusätzliche Betreuung durch Bürgergruppen neben der sozialen Betreuung – habe in der ganzen Stadt bislang relativ gut geklappt. Dieser Weg sei nicht seine Erfindung, denn das mache die Stadt schon lange so. Dieser Weg gehe auf Manfred Rommel zurück, der schon sagte, dass die Leute, die kommen, auch Stuttgarter seien und man ihnen helfen müsse. Der „Stuttgarter Weg“ werde von ihm als Oberbürgermeister ganz bewusst fortgesetzt, auch wenn es nicht immer einfach sei. Die Integrationsbemühungen der Menschen über Sprache und Arbeit gingen ganz langsam voran. Auch er selbst, so der Oberbürgermeister, würde sich manches schneller wünschen, z. B. den Einstieg der Wirtschaft und Erleichterungen des Bundes. Es gebe zu diesem Weg allerdings rechtlich und menschlich keine Alternative.

Herrn Oberbürgermeister Kuhn ist bekannt, dass es in der Unterkunft im Sturmvogelweg in den letzten Tagen unruhig war. Attacken innerhalb der Unterkünfte kommen immer wieder vor. Die Verwaltung kümmere sich intensiv darum. In der Summe könne er sagen, dass auch im Stadtbezirk Mühlhausen die Unterbringung sehr, sehr gut gelungen ist.

Oberbürgermeister Kuhn leitet über zu einem Thema, das ihm sehr am Herzen liegt, da die Außenstadtbezirke immer ein großes Problem mit der Infrastruktur und den Einkaufsmöglichkeiten haben, welches man in der Innenstadt oder in größeren Stadtbezirken nicht habe.

Es habe ihn sehr betrübt, dass der Versuch in Mönchfeld einen Wochenmarkt zu etablieren, gescheitert ist. Er habe sich darüber geärgert, dass die Leute, die etwas teurere, aber qualitativ gute Ware auf dem Wochenmarkt nicht angenommen haben. Die Stadt Stuttgart bemühe sich trotzdem, die Infrastruktur zu verbessern, z. B. in Neugereut. Kuhn appelliert aber, dass neue Geschäfte oder auch ein Wochenmarkt, den es evtl. auch in Hofen einmal geben könnte, nur funktionieren können, wenn die Leute diese auch annehmen. Man müsse die Geschäfte, die es vor Ort noch gibt, stärken und sich um deren Erhalt bemühen, damit die Infrastruktur nicht verloren geht. In zahlreichen Stadtbezirken gebe es dieses Problem.. In Uhlbach sei der Wochenmarkt z. B. gut angenommen worden und halte sich stabil. Solche Angebote möchte der Oberbürgermeister auch anderen Stadtbezirken unterbreiten.

Der Max-Eyth-See sei sicherlich für alle Stuttgarter ein beliebtes Ausflugsziel, vor allem bei schönem Wetter am Wochenende. Die Anwohner seien sicherlich der Meinung, das Gelände sei übervoll. Die Müll- und Parkplatzproblematik sei an einzelnen Wochenenden im Jahr tatsächlich groß. Wer den Max-Eyth-See an einem schönen Wochenende besuchen will, soll nach Ansicht des Oberbürgermeisters mit der Stadtbahn fahren oder mit dem Fahrrad über die Hofener Straße, für die nach langem Hin- und Her auch ein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde.

Die Wasserqualität sei nach wie vor schwierig, man habe aber ein Konzept zur Verbesserung, mit dem man nun auf dem richtigen Weg sei.

Oberbürgermeister Kuhn leitet über zum Thema Wohnungsbau und betont, dass die Stadt Stuttgart insgesamt unter einem starken Wohnungsmangel leide. Viele Men-

schen seien in der Notfallkartei eingetragen. Es sei bekannt, dass viele Menschen eine Wohnung suchen. Es gebe auch schon Folgeprobleme, beispielsweise zu wenig Erzieherinnen und Erzieher. Die Menschen fragen sich, bevor sie nach Stuttgart kommen, ob sie sich dort überhaupt eine Wohnung leisten können.

Es fehlt dem Oberbürgermeister nicht an teuren Eigentumswohnungen, sondern an bezahlbarem Wohnraum für Familien mit Kindern und für Alleinstehende in der ganzen Stadt.

Man wolle strategisch nicht „auf den Acker raus“. Dies sei im Großen und Ganzen im Gemeinderat Konsens, auch wenn man über kleinere Ausnahmen streiten könne. Im Kern sei die Strategie jedoch nachzuverdichten und dort, wo noch Lücken sind, neue Wohnungen zu schaffen. Einige seien da anderer Meinung. Für den Oberbürgermeister ist Stuttgart auch unter anderem deshalb attraktiv, da in der Großstadt noch viel Grün vorhanden ist. 50 % der Fläche Stuttgarts sei nicht bebaut, sondern Wald, Landwirtschaft oder Park. Er stehe dafür, dieses große Pfund zu bewahren und Flächen nicht leichtfertig freizugeben.

Er appelliere regelmäßig in den Versammlungen der Region, dass sich die umliegenden Städte und Gemeinden ebenfalls wieder im Sozialen Wohnungsbau engagieren. Die Stadt Stuttgart tue dies wieder, seit er selbst Oberbürgermeister geworden sei, auch wenn einige Stimmen das Engagement als zu wenig und zu langsam ansehen. Man sei im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden wenigstens in das Thema eingestiegen.

Auch hier im Stadtbezirk gebe es Gebiete, wo die Stadt Wohnungen und Häuser, im Geschosswohnungsbau, plant. Zum einen in der Balthasar-Neumann-Straße entlang der Mönchfeldstraße in Freiberg. Dort seien eine Kindertagesstätte und 200 Wohnungen geplant. Dieses Gebiet ist nach Ansicht des Oberbürgermeisters und der Stadtplaner bislang nicht richtig genutzt. Er habe sich selbst ein Bild davon gemacht. Morgen solle der Auslegungsbeschluss im Ausschuss für Umwelt und Technik diskutiert werden, danach folgen die bekannten Anhörungen und Beteiligungen. Diese sollen dann zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes führen.

Oberbürgermeister Kuhn geht auf das zweite Gebiet, die Mittlere Wohlfahrt in Hofen, ein. Er habe der Cannstatter Zeitung entnommen, dass dieses Gebiet sehr umstritten sei. Dort seien 120 Wohneinheiten geplant, in Doppelhäusern, Reihenhäusern und Geschosswohnungen. Der Auslegungsbeschluss werde aktuell vorbereitet und soll im Frühjahr 2017 im Gemeinderat eingebracht werden. Aus Sicht des Oberbürgermeisters werden die beiden Verdichtungen und Gebiete, sowohl aus der Sicht des Stadtbezirks als auch aus Sicht der Gesamtstadt, benötigt. Er höre immer wieder, dass sich viele junge Menschen aus dem Stadtbezirk sehr schwer tun, sich vor Ort niederzulassen. Es ist sehr schwer, hier etwas neu zu bauen, zu kaufen oder zu mieten. Dies sei ein Problem, auch wenn man die tendenzielle Überalterung des Stadtbezirks angehen wolle. Es werde deshalb angestrebt, auch für junge Familien zusätzlich Wohnraum zu schaffen.

Beim Thema „Schafhaus“ sei er zurückhaltender. Aus dem Gemeinderat bekomme Kuhn keine dringenden Wünsche, das Gebiet zu bebauen. Die Lage sei hier etwas anders und die Erschließungsbedingungen schwierig. Die SPD thematisiere das Gebiet gelegentlich, aber ohne sich direkt für eine Bebauung auszusprechen. Oberbürgermeister Kuhn kündigt an, die Frage über die Bebauung des Gebiets „Schafhaus“

im Ausschuss für Umwelt und Technik oder im Wohnungsausschuss nochmals zu stellen. Er selbst sei hier allerdings deutlich skeptischer und zurückhaltender, was die Bebauung angehe.

Den Kelterplatz Hofen hat sich Herr Oberbürgermeister Kuhn schon in seinem Wahlkampf angeschaut. Dort muss seiner Ansicht nach etwas getan werden. Es kann für den Oberbürgermeister nicht sein, dass ein solcher Platz vorhanden ist und nicht so genutzt werden kann, wie man dies heute braucht. Im Gemeinderat habe man 50.000 Euro Planungsmittel eingestellt. Weiter habe es einen Wettbewerb mit erstem Preis für das Büro „g2“ gegeben. Er wolle alles dafür tun, dass die Entwicklung weiter gehen kann, was bedeute, dass im nächsten Haushalt Mittel zur vertieften Planung eingestellt und die Planungen dann auch umgesetzt werden müssen. Er hoffe, dass sich der Gemeinderat dieser Meinung auch anschließt, damit die Planungen seit 2006 nicht umsonst waren. Oberbürgermeister Kuhn spricht sich dafür aus, bewusster mit dem Instrument Planungsmittel umzugehen. Planungsmittel seien dann sinnvoll, wenn man sicher etwas umsetzen wolle, aber noch nicht genau wisse wie. Nach der ersten Planung müsse eine vertiefte folgen und letztlich der Baubeschluss. Dieser sei beim Kelterplatz in Hofen seiner Ansicht nach fällig. Der Entwurf mit der Terrassierung sei bekannt. Man müsse den Platz richtig bespielen können, wie es in einer Stadt auch nötig sei. Es werde ein Platz benötigt, wo Menschen hingehen können, wo man Feste veranstalten oder auch im Alltag verweilen und sich treffen kann, wo vielleicht einmal ein Wochenmarkt stattfinden kann. Die öffentliche Infrastruktur, bekräftigt der Oberbürgermeister, müsse von den Bürgern angenommen und bespielt werden können.

Abschließend stehen Stuttgart und der Stadtbezirk Mühlhausen für den Oberbürgermeister gut da.

Die Probleme beim Verkehr könne man nicht wegdiskutieren. Die Hauptstrategie sei die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegebaus. Die Stadt zu schonen durch Umsteigen sei die beste Antwort. Wohnraum werde gebraucht. Oberbürgermeister Kuhn erinnert daran, neben aller nachvollziehbaren Kritik nicht zu vergessen, dass Stuttgart eine wunderschöne Stadt ist. Immer mehr Menschen, nicht nur Flüchtlinge, möchten nach Stuttgart und dies nicht ohne Grund. Die Stadt verfüge über eine enorme Lebensqualität, eine gigantische Kulturlandschaft und eine gute öffentliche Versorgung.

Herr Oberbürgermeister Kuhn wünscht den Anwesenden einen schönen Abend und übergibt an Herrn Bürgermeister Wölfle.

Herr Bürgermeister Wölfle übernimmt und führt kurz in das Procedere ein. Er erklärt, dass die Versammlung um ca. 21 Uhr beendet sein sollte. Er bittet um Wortmeldungen. Falls angesprochene Punkte nicht direkt beantwortet werden können, würden Adressen aufgenommen und die Anliegen dann schriftlich beantwortet werden.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger siedelte 1956 von Dresden nach Stuttgart um. Er sei sehr herzlich von der Bevölkerung aufgenommen worden und freue sich immer noch, in der wunderschönen Stadt zu leben.</p> <p>Der Bürger möchte wissen, ob an der Interimsbushaltestelle der Linie 54 am Kaufland eine möglichst überdachte Sitzbank aufgestellt werden könnte, wenn auch provisorisch.</p> <p>Außerdem schlägt er vor, in den 30er-Zonen in Freiberg Blitzer zur Geschwindigkeitsüberwachung aufzustellen. Damit sei seiner Ansicht nach viel Geld zu machen.</p>	<p>Herr Wölfle bedankt sich für die schönen Worte über die Landeshauptstadt.</p> <p>Herr BM Pätzold nimmt die Bitte um einen Warteunterstand mit, hofft aber, dass die Nutzer der Busse durch enge Taktung nicht allzu lange warten müssen.</p> <p>BM Dr. Schairer sagt zu, den Vorschlag ebenfalls mitzunehmen.</p> <p>BM Wölfle weist darauf hin, dass die Verkehrsüberwachung der Luftreinhaltung und der Verkehrsüberwachung dient und nicht dem „Geld verdienen“.</p>	X	
2	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger korrigiert Herrn Oberbürgermeister Kuhn in der Wortwahl. Es sei nicht so, dass die Menschen mit den Autos fahren wollen, vielmehr müssen viele mit dem Auto fahren.</p> <p>Er schlägt vor, an der Ampel an der Haltestelle Auwiesen, wenn man von der Arnoldstraße kommend nach rechts in die Aldinger Straße abbiegen möchte, einen „Grünen Pfeil“ anzubringen. Es sei aktuell</p>	<p>BM Dr. Schairer ist bekannt, dass die angesprochene Kreuzung ein großes Problem darstellt. Man habe hier eine sehr komplizierte Verkehrsverflechtung. Der „Grüne Pfeil“ werde gern geprüft. Die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Fußgänger, muss unbedingt gewährleistet werden. Auch mit einer Ampel seien diese</p>		Referat SOS Referat T

	<p>schwierig, da beim Rechtsabbiegen sowohl der Gegenverkehr, als auch die Fußgänger gleichzeitig „Grün“ haben. Zumindest im Berufsverkehr könne man den Stau seiner Ansicht nach damit deutlich verringern.</p> <p>Seiner Ansicht nach verschlechtere ein „Grüner Pfeil“ die Situation der Fußgänger nicht, da auch schon, im Moment gleichzeitig, für Autofahrer und Fußgänger „Grün“ gezeigt werde.</p>	<p>Probleme nicht einfach zu handhaben. Es gebe sicherlich Verbesserungsmöglichkeiten an dieser Stelle, um die man sich – auch gemeinsam mit dem Tiefbauamt unter der Leitung von Herrn BM Thürnau – gemeinsam kümmern werde.</p>		
3	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin verliert das Schreiben, welches sie an das Bezirksamt geschickt hat, zum Thema „Geschwindigkeitsbegrenzung in Neugereut“. Sie fordert Tempo 40 wie in Steinhaldenfeld in der Kormoranstraße. Mit der Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzung könnte die Stadt Einnahmen generieren.</p>	<p>Herr BM Dr. Schairer informiert darüber, dass auf der Kormoranstraße auch Busse fahren und dass die Straße eine sogenannte Erschließungsstraße für Neugereut darstelle. Sie müsse deshalb als Vorbehaltsstraße behandelt werden. Dies schließe eine starke Reduzierung der Geschwindigkeit aus. In jedem Fall müsse aber die vorgegebene Geschwindigkeit eingehalten werden. Falls es an dieser Stelle Anhaltspunkte für zu schnelles Fahren geben sollte, werde die „Mobile Geschwindigkeitsüberwachung“ sich darum kümmern.</p>	X	

<p>4</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger schlägt vor, Verkehrszeichen zu reduzieren, indem die zulässige Geschwindigkeit auf Hauptstraßen auf 50 km/h und auf Nebenstraßen auf 30 km/h festgelegt wird. Dieser Vorschlag sei früher bereits von Seiten des Stadtplanungsamtes der Stadt gemacht worden. Aktuell wisse man bei den vielen unterschiedlichen Zeichen nicht, welche Schilder auf die Autofahrer zutreffen.</p> <p>Zum Thema Sauberkeit schlägt der Bürger vor, in der Schule wieder verstärkt darauf zu achten, dass die Schüler aufräumen und Müll nicht achtlos weggeworfen wird. An Frau Fezer gerichtet spricht er den Wunsch aus, dass in den Schulen Ideale und Werte vermittelt werden sollten.</p>	<p>BM Dr. Schairer räumt ein, dass der Umgang mit Tempobeschränkungen relativ schwierig zu verstehen sei. In der Stadt gelte die Beschränkung auf 50 km/h. Insgesamt habe man in Stuttgart 1.500 km Straßen, davon seien 1.000 km „Zone 30“. Die Stadt Stuttgart habe unter den Großstädten die meisten Tempo-30-Zonen. Man gehe generell sparsam mit Schildern um. Auf den restlichen 500 Kilometern Straße müssen 800.000 Autos abgewickelt werden.</p> <p>Die Beschränkung der Geschwindigkeit auf den restlichen 500 Kilometern Straße funktioniere nur mit einem Sachgrund wie z. B. Luftreinhaltung.</p> <p>Man habe festgestellt, dass auf Steigungstrecken die Luft am besten geschont wird, wenn genau 40 km/h gefahren wird.</p> <p>Jede einzelne Begrenzung habe ihren Grund und sei aufgrund sehr fundierter Regelungen sorgfältig überlegt.</p> <p>Für Oberbürgermeister Kuhn ist die Stadt bei der Frage der Geschwindigkeitsregelung und deren Vollzug gespalten. Die einen wünschen eine konsequente Durchsetzung. Tatsächlich gebe es aber auch immer wieder die Hinweise, dass Beschränkungen schädlich</p>		
----------	--	---	--	--

		<p>für die Fahrzeuge seien oder dass es weniger Schadstoffe ausstoße, wenn man zügig durch die Stadt durchkommt. Er schlägt vor, etwas langsamer zu fahren, aber dafür gleichmäßiger, denn der Feinstaub werde auch durch das häufige Anfahren und Bremsen erzeugt. Eine Entschleunigung des Autoverkehrs und eine Reduktion der Fahrzeuge um 20 % durch mehr Nutzung des ÖPNV könne das Problem tatsächlich abmildern. Der Trend in der Stadt gehe jedoch in Richtung Geschwindigkeitsbeschränkung. Rund um die Schulen werden aktuell mehr und mehr „Tempo-30“ Bereiche eingerichtet. Vor allem, wenn der Bund den Gemeinden größere Handlungsspielräume einräume, werde sich hier einiges tun.</p>		
5	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin hat Anmerkungen zum Max-Eyth-See-Gelände. Sie wohne gerne in Mühlhausen und wisse die Vorzüge zu schätzen, allerdings sei die Vermüllung rund um den See nicht mehr tragbar. Das Schild mit den Regeln und den Hinweisen auf Landschafts- und Wasserschutzgebiete sei nicht mehr lesbar. Sie schlägt vor, das Grillen und Lagern, vor allem am Uferbereich, zu untersagen. Spaziergänger haben nach Ansicht von Frau Hoffmeister keine Chance, die vorhandenen Bänke zu nutzen, da diese dauerhaft belegt seien. Auch auf der Insel und</p>	<p>BM Wölfle ergänzt, dass die Vermüllung unter anderem auch mit der zunehmenden Anzahl der Einweggrills einhergehe. Für BM Thürnau ist festzustellen, dass sich das Thema Sauberkeit und Abfall in der Stadt verändert. Der Gemeinderat habe der Verwaltung einen Auftrag gegeben, sich damit auseinanderzusetzen. Man könne das Problem über unterschiedliche Wege angehen. Über mehr Personal, also ordnungspolitisch oder auch erzieherisch.</p>	X	

	<p>der dortigen Mauer werde gegrillt, obwohl das laut Presseberichten nicht erlaubt sei. Die Stadt müsse hier für klare Verhältnisse sorgen und z. B. die Grillstellen ausschildern. Frau Hoffmeister schlägt auch vor, das Gelände in zwei Zonen einzuteilen. In einer Zone sollte auch Raum für Ruhe- und Erholungssuchende sein.</p>	<p>Es stelle sich die Frage, wie die jüngeren Menschen damit umgehen. Es gebe eine Studie, dass eine bestimmte Generation anders mit dem Wegwerfen von Abfall umgehe, diese Einstellung, verbunden mit dem hohen Angebot an Einwegmaterial, verstärke die Vermüllung.</p> <p>Das reine Entsorgen des Mülls wachse den Kommunen über den Kopf, auch mit viel Personal könne man den Massen nicht Herr werden. Es stelle sich die Frage, ob die Menschen mit Kontrolle oder Überzeugung besser erreicht werden können. Grillscouts werden z. B. in anderen Städten eingesetzt. Mit diesem Thema setze man sich aber in seinem Bereich auseinander, um der Sache Herr zu werden.</p>		
6	<p><u>Thema:</u></p> <p>Der Bürger lebe im „Niemandland“ zwischen Hofen und Bad Cannstatt. Die dortigen Einmündungen seien gefährlich, da sich Autofahrer häufig nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Die Messungen erfolgen nach Meinung der Anwohner zu unpassenden Zeiten. Zudem warten die Anwohner seit Jahren darauf, dass die Straße und der Gehweg zu ihren Häusern beleuchtet werden. Dies sei bisher nicht geschehen, obwohl sich auch die dort ansässigen Vereine stark für die Jugendarbeit engagieren. Während der Frühjahrs- und Sommerzeit müsste das</p>	<p>BM Thürnau teilt mit, dass die Einrichtung der Beleuchtung im Herbst erfolgen werde. Die Maßnahme sei finanziert und fertig geplant.</p> <p>Auch die Angelegenheit mit dem Mähen werde er klären und den Bürger benachrichtigen.</p>		Referat T

	<p>Gras entlang der Straße auf der Häuserseite häufiger gemäht werden, da die Anwohner beim Ausfahren sonst keine Sicht haben und aufgrund der Enge der Straße sowieso teils auf die Gegenfahrbahn ausweichen müssen, wenn sie abbiegen. Der Bürger bittet bei den Themen „Beleuchtung“ und „Mähen“ um Abhilfe und dankt Herrn Bohlmann für seinen bisherigen Einsatz.</p>			
7	<p><u>Thema:</u></p> <p>Einem Bürger ist nicht klar, warum in der Alten Altdinger Straße noch keine Tempo-30-Beschränkung eingerichtet wurde. Das sei in anderen Städten auf Durchgangsstraßen ebenfalls möglich.</p> <p>An der Ampel Arnoldstraße/Mönchfeldstraße sei die Grünphase bei Fußgängern 1 Minute und 51 Sekunden lang. Diese Phase sollte kürzer sein. Wichtig sei die Neuplanung der Kreuzung und die Neugestaltung des Platzes. Er möchte wissen, bis wann damit gerechnet werden könne.</p> <p>Der Meierberg sei gut neu gestaltet. Der Bürger wünscht sich eine Markierung der Zahl „7“ auf der Straße, da 50 Meter weiter der verkehrsberuhigte Bereich beginne und aufgrund des Gemeindehauses und des Schulweges viele Kinder unterwegs seien.</p> <p>Den von der Stadt Stuttgart entlang der Mönchfeldstraße geplanten Radwegschutzstreifen befürwortet der Bürger nicht. Auf einer so viel befahrenen Straße sei dies für Familien und ältere Menschen zu gefährlich und koste viel Geld. Er fordert, dass weiterhin</p>	<p>BM Wölfle informiert, dass die Stadt im Moment personell nicht in der Lage sei, die Protokolle im Internet zu veröffentlichen. Zudem ergänzt Herr Wölfle, dass Radschutzstreifen deshalb gebaut werden, um die Anzahl der Radfahrer zu erhöhen.</p> <p>Herr BM Pätzold erinnert daran, dass man im November 2015 im Bezirksrat die Planungen für den ganzen Bereich vorgestellt habe. Es gehe darum, den ganzen Bereich umzugestalten. Man habe damals einige Aufgaben mitbekommen, die im Amt gerade abgearbeitet werden. Im Frühjahr 2017 werde die Planung vorgestellt, daraus ergebe sich dann der Planungs- und Umsetzungsbedarf. Die Stadt bemühe sich, Radfahrer und Fußgänger zu trennen. Es sei am sichersten, wenn die Radfahrer zusammen mit dem Autoverkehr fahren. Das Unsicherste seien</p>	X	

	<p>auch auf dem Gehweg gefahren werden darf und Alternativwege für nicht professionelle Radfahrer ausgezeichnet werden. Entlang der Wagrainstraße sollte ebenfalls ein Radweg angelegt werden, wo kein Radverkehr vorhanden sei. Diese Kosten sollten ebenfalls gespart werden. Wenn überhaupt, sollte der Gehweg verbreitert werden.</p> <p>Der Bürger spricht sich dafür aus, die Bezirksbeiratsprotokolle im Internet zu veröffentlichen und die Rundmails des Bezirksamtes besser zu bewerben.</p>	<p>Radwege, die hinter Grünsteifen laufen und dann in Straßen einmünden. Deshalb baue man Radstreifen.</p>		
<p>8</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin appelliert an die Mitbürgerinnen und Mitbürger, im gegenseitigen Miteinander rücksichtsvoll zu sein und die vorhandenen Regeln, wie z. B. Tempo-30, Feinstaubalarm usw., auch selbst zu beachten. Sie spricht sich dafür aus, Radwege zu bauen, die dann auch genutzt werden. Vor allem „schnelle“ Radfahrer sollen nicht auf Gehwegen fahren. Sie spricht sich für den Kreisverkehr an der Kreuzung Seeblickweg/Benzenäckerstraße aus, da an dieser Stelle auch oft zu schnell gefahren werde.</p>	<p>BM Wölfle stimmt den Ausführungen der Bürgerin zu.</p> <p>Zum Thema Kreisverkehr teilt Herr BM Pätzold mit, dass der Kreisverkehr zwar geplant sei, jedoch unklar sei, wann er gebaut werde, da die Finanzierung noch nicht stehe.</p>	<p>X</p>	

<p>9</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger spricht seinen Dank an zwei Bürgerinnen aus, die im Rahmen der „Sozialen Stadt Neugereut“ ausgezeichnete Arbeit geleistet haben.</p> <p>Er sei im „Freundeskreis Flüchtlinge“ seit einem halben Jahr ehrenamtlich engagiert und gebe Deutschkurse. Er regt an, sich in Gelassenheit zu üben und die Menschen, die zu uns kommen, zunächst kennenzulernen, bevor Urteile gefällt werden. Er habe bisher nur gute Erfahrungen gemacht.</p>	<p>BM Wölfle bedankt sich für die klaren Worte und fügt hinzu, dass es auch dazugehöre, wenn Menschen auch negativere Erfahrungen machen.</p>	<p>X</p>	
<p>10</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin schlägt vor, das beidseitige Parken in der Wallensteinstraße zu erlauben. Wenn Besucher kommen, finden diese laut der Bürgerin keine Parkplätze, da das Parken auf dem Schulparkplatz nicht mehr erlaubt sei und in der Wallensteinstraße auch einige Anhänger und LKWs parken. Bisher sei das Parken nur auf einer Straßenseite erlaubt.</p>	<p>BM Dr. Schairer sagt zu, diesen für ihn vernünftigen Vorschlag zu prüfen. Es gehe nicht, dass gewerbliche Fahrzeuge auf öffentlicher Straße parken. Dies müsse unterbunden werden.</p>		<p>Referat SOS</p>

<p>11</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger hätte sich bei der Umgestaltung des Kelterplatzes in Hofen eine Beteiligung der Bürgerschaft gewünscht. Die „Workshops“, die in den Jahren 2011 und 2012 stattgefunden hätten, seien hierfür nicht sinnvoll gewesen, da man nur punktuell Bürger und Vereine befragt habe. Er möchte wissen, warum man bei einem so wichtigen Thema kein transparentes Verfahren gewählt habe.</p>	<p>BM Pätzold stellt klar, dass es sich um Landschaftsarchitekturbüros und keine „Gärtner“ handele. Man habe Büros ausgewählt, welche über die berufliche und fachliche Qualifikation verfügen und bemühe sich, die Büros immer unterschiedlich für verschiedene Projekte auszuwählen. So habe man das auch bei diesem Projekt gemacht.</p> <p>In diesem Projekt haben viele Menschen im Preisgericht gesessen, unter anderem auch der Bezirksvorsteher.</p>		<p>Referat StU</p>
<p>12</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger erkundigt sich, warum die Stadtverwaltung zur Gestaltung des Kelterplatzes in Hofen keinen Stadtplaner, sondern einen „Gärtner“ engagiert habe.</p> <p>Das Verfahren habe für ihn ein „Gschmäcke“, da die Stadt die Planungsbüros, die den Auftrag erhalten haben, seiner Meinung nach auch in die Jury aufgenommen habe.</p> <p>Die Stadt habe Planungsbüros exklusiv ausgewählt und andere Planer, unter anderem aus der Umgebung, ausgeschlossen. Dies sei sehr verdächtig. Herr Treiber möchte wissen, nach welchen Kriterien die</p>	<p>BM Pätzold weist die Vorwürfe von Herrn Treiber klar zurück und bittet darum, nicht despektierlich mit dem Prozess umzugehen. Man könne seiner Ansicht nach nicht sagen, dass man die Bedürfnisse vor Ort nicht respektiert und ernst genommen habe. Der vorliegende Entwurf solle nun noch weiterentwickelt und dann umgesetzt werden.</p> <p>BM Wölfle sagt zu, dass Herrn Treiber die Kriterien schriftlich mitgeteilt werden.</p>		

	<p>Büros ausgewählt wurden und bittet darum, die entsprechenden Kriterien zu nennen, damit die Stadt nicht in Korruptionsverdacht komme.</p>	<p>Für OBM Kuhn ist es erstaunlich, dass auf seine Ankündigung, die Planungen zum Kelterplatz weiter voranzutreiben, keine Reaktion erfolgt ist. Er habe die Planungen befürwortet. Die 150.000 Euro müssen in den nächsten Haushalt aufgenommen werden. Das sei ein starkes Commitment. Es gebe auch weiterhin noch Beteiligungsmöglichkeiten. Die Stadt wolle den Platz weiter planen und voranbringen. Durch diesen Beitrag solle kein Wasser in den Wein geschüttet werden.</p> <p>BM Pätzold ergänzt, dass man auf die Kritik an den Büros schon im Dezember 2015 geantwortet habe. Die beauftragten Büros haben an anderer Stelle Plätze für die Stadt gestaltet, die teils auch durch Preise ausgezeichnet wurden, wie z. B. für den Hospitalplatz. BM Pätzold weist die Kritik an der Auswahl der Büros deutlich von sich. Auch der Gemeinderat erhalte regelmäßig die Ausschreibungen. Es sei deshalb nachweisbar, dass die Stadt mit der Auswahl der Büros abwechsle. Alle Büros seien kompetent um Plätze zu bauen und zu gestalten.</p>		
--	--	---	--	--

13	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger versteht nicht, warum die einzige Dame auf dem Podium ganz außen sitzt. Weiter äußert er sich verwundert, dass in der Einladung zur Bürgerversammlung keine Probleme in der Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen im Stadtbezirk benannt wurden. Für Januar habe er für sein Kind keinen Platz bekommen. Man habe auch nicht rechtzeitig darüber informiert, dass die Kita Ibisweg saniert werde und deshalb keine Kinder mehr aufgenommen werden.</p>	<p>BMin Fezer räumt ein, dass es in Neugereut ein gewisses Defizit gibt. In Einzelfällen müssen Familien auf andere Stadtbezirke ausweichen. Die Kritik zu den Umbauarbeiten am Ibisweg tue ihr leid, dies werde sie ans Jugendamt weitergeben und darauf hinweisen, dass zukünftig so früh wie möglich informiert wird.</p>	X	
14	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin erkundigt sich nach dem Fortgang der Verhandlungen zur Rekommunalisierung der Netze für Wasser und Fernwärme. Weiterhin möchte sie wissen, warum von der SWSG, z. B. in Botnang, Häuser abgerissen werden. Ihrer Meinung nach hätten diese auch renoviert werden können. Außerdem fragt sie nach einer Möglichkeit, nachts auffällige, chemische Gerüche aus der Müllverbrennungsanlage Münster zu melden.</p>	<p>OBM Kuhn teilt zur Rekommunalisierung mit, dass diese bei Strom und Gas gemacht sei. Man habe hier eine gute Kooperation mit den Stadtwerken und der EnBW. Beim Wasser sei dies ebenfalls beschlossen. Man stehe allerdings noch im Rechtsstreit mit der EnBW, in welchem geklärt werden muss, wie viel die Stadt für das Netz bezahlen muss. Bei der Fernwärme habe der Gemeinderat beschlossen, dass ein Kauf angestrebt werden soll. Die EnBW wird nun auf Herausgabe des Netzes verklagt. Wie diese Klage ausgeht, sei noch etwas ungewiss, sie werde aber gut begründet und man sei hier auch auf dem Weg.</p>		Referat T (Telefonnummer)

		<p>Die SWSG habe laut BM Wölfle viele Wohngebiete in der ganzen Stadt zu einem sehr guten Standard modernisiert. Auf diese Tochter könne man stolz sein.</p> <p>Konkret zum Vorhaben in Botnang ergänzt BM Pätzold, dass dieses Thema schon vor 3 Jahren im Bezirksbeirat diskutiert worden sei. Dort baue eine Wohnbaugenossenschaft neuen Wohnraum nach dem Abriss.</p> <p>Zum Thema Müllverbrennung informiert BM Thürnau, dass der Betreiber der Anlage die EnBW und die Aufsichtsbehörde das Regierungspräsidium ist. Er schlägt vor, sich direkt dorthin zu wenden. Es werde auch ein kontinuierliches Messprotokoll über die Abgasströme geführt, sodass tagesgenau nachvollzogen werden könne, was über die Anlage entwichen ist.</p>		
15	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger beklagt die hohe Lärmbelästigung, welche durch die Passagierschiffahrt in der Nacht auf dem Neckar, speziell an der Schleuse Hofen, entstehe. Vor allem die „Partyflöße“ bleiben seiner Aussage nach ca. 20 bis 30 Minuten in der Schleuse und lassen die Musik sehr laut dröhnen. Man habe schon häufiger die Polizei gerufen. Die Belästigung sei verheerend. Früher hätten die Schiffe in der Schleuse</p>	<p>BM Wölfle sagt zu, das Thema an die genehmigende Behörde weiterzugeben und dort ebenfalls die Rückmeldung zu geben.</p>	X	

	die Musik abgestellt. Er möchte wissen, an wen er sich wenden kann.			
16	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger beklagt, dass durch die Verengung der Kurven bei den Straßenbahnschienen auf der Hofener Brücke die Stadtbahnen mehr „quietschen“. Der Lärm sei besonders nachts gravierend. Man habe auch schon Kontakt mit der SSB aufgenommen und von dort die Information erhalten, dass die Schienen eingefettet wurden. Dies halte nicht lange vor und auch die Lärmmessungen der SSB seien tagsüber bei anderweitigem Lärm nicht sinnvoll. Der Bürger bittet um Abhilfe.</p>	OBM Kuhn sagt zu, an der nächsten Aufsichtsratssitzung der SSB mit den Verantwortlichen nochmals über dieses Thema zu sprechen und die Antwort dann weiterzugeben.		SSB hat mit Schreiben vom 04.10.2016 geantwortet. Dieses wurde am 12.10.2016 an Herrn Karpf weitergeleitet.
17	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger schließt sich seinem Vorredner an und bestätigt das laute Quietschen der Stadtbahn. Bis nachts um 3 Uhr fahren seiner Aussage nach die Bahnen nach Remseck im 3-Minuten-Takt ins Depot und von 4 Uhr morgens an wieder zurück.</p> <p>Weiter beklagt er, dass in der Scillawaldstraße nicht nur Anlieger fahren und dass Strafzettel an die Anlieger verteilt werden, wenn diese an der Straße im verkehrsberuhigten Bereich parken. Dies sei in Hofen nicht anders möglich, da es kaum Garagen gebe. Die Trennung der Zuständigkeit zwischen Ordnungsdienst und Polizei sei ihm nicht klar. Er bedankt sich</p>	<p>BM Schairer informiert, dass der städtische Ordnungsdienst tatsächlich nur für den ruhenden Verkehr zuständig ist. Der Durchgangsverkehr in der Scillawaldstraße sei so nicht in Ordnung. Er werde diese Angelegenheit weitergeben und man kümmere sich um eine Lösung.</p> <p>Auch der Fragestellung mit dem Parken werde man nachgehen.</p>		SSB hat mit Schreiben vom 04.10.2016 geantwortet. Dieses wurde am 12.10.2016 an Herrn Hantke weitergeleitet.

	für die Möglichkeit, sich hier zu Wort zu melden.			
18	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin geht auf die Kinderbetreuung in Stuttgart ein. Stuttgart mache hier sehr viel, Knackpunkt sei jedoch der Personalmangel. Sie erkundigt sich, ob die Ballungsraumzulage erhöht werde und ob es Ideen gibt, wie geflüchtete Menschen, z. B. über ein Praktikum, in Kindertagesstätten eingebunden werden können.</p>	<p>BMin Fezer kündigt die Veröffentlichung eines Konzeptes an, in welchem deutlich werde, welche Anstrengungen man bisher vorgenommen habe. Das Problem des Personalmangels im Erziehungsbereich verschärfe sich, wenn mehr Betreuungsplätze verlangt werden. Die Ausbildung müsse attraktiv sein und komme aktuell auch gut an, auch bei Männern. Über die Ballungsraumzulage habe man intensiv nachgedacht. Die hohen Lebenshaltungskosten seien jedoch nicht nur ein Problem von ErzieherInnen und AltenpflegerInnen. Um allen Beschäftigungsgruppen (im ersten Schritt bei der Stadt), die wenig verdienen, diese Zulage zu gewähren, fehlen nach Ansicht von BMin Fezer die Mittel. Der Beruf verlange vor allem mehr Anerkennung, aber auch eine bessere Vergütung. Hier müsse man sich mit dem Land und den anderen Kommunen zusammenschließen. Dies sei auch eine gesellschaftliche Aufgabe. BM Wölfle ergänzt noch, dass es in Stuttgart für alle städtischen Beschäftigten ein verbilligtes Jobticket gibt.</p>	X	

<p>19</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger habe in Mühlhausen ebenfalls keinen Ki- ta-Platz gefunden und müsse deshalb das Auto nut- zen, um nach Bad Cannstatt zu fahren. Der Verkehr würde auch durch Betreuungsplätze vor Ort reduziert. Er wolle als Autofahrer nicht als Feindbild benutzt werden, beklagt jedoch die hohe Anzahl der Pendler, die zwischen Ludwigsburg und Waiblingen durch Mühlhausen fahren. Der Meierberg muss seiner An- sicht nach für den Durchgangsverkehr geschlossen werden. Er bedankt sich für die Umstrukturierung der Parkplätze im Weidenbrunnen. Ihm fehlen die Park- and-Ride-Möglichkeiten für den Verkehr aus dem Umland. Stuttgart Sorge nicht dafür, dass die Men- schen aus der Umgebung auf den öffentlichen Nah- verkehr umsteigen können. Die Menschen parken dann notgedrungen im Wohngebiet.</p> <p>Weiter störe ihn die hohe Menge an Müll an jedem Neujahrsmorgen.</p>	<p>BM Wölfle bestätigt nochmals, dass für die Sauberkeit am Neujahrsmorgen nicht die Stadt verantwortlich sei, sondern diejenigen, die den Müll verursachen, wie das auch von einem Bürger gesagt worden sei.</p>	<p>X</p>	
<p>20</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Für einen Bürger ist Mühlhausen das dreckigste Wohngebiet überhaupt. Er müsse beim Spazierenge- hen über regelrechte Müllberge steigen. Er bittet die Stadt, hier Abhilfe zu schaffen und evtl. auch die Fast-Food-Ketten in die Müllbeseitigung mit einzubin- den.</p>	<p>Für OBM Kuhn steht fest, dass dieses Prob- lem in der ganzen Stadt bestehe. In den letz- ten 10 bis 15 Jahren sei eine zunehmende Vermüllung zu beobachten, die auch mit der zunehmenden Menge an Wegwerfartikeln zusammenhänge. Referat T habe nun den</p>	<p>X</p>	

		Auftrag, eine neue konzeptionelle Lösung zu erarbeiten. Die Beseitigung des Mülls mehrfach täglich erfordere viel Personal und setze auch falsche Signale. Es werde zwar sauberer, aber man unterstütze damit die Wegwerf-Mentalität. Dieses Problem müsse durch Erziehung und nicht allein durch mehr Personal gelöst werden.		
21	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger beklagt, dass die Straßen in der Mühlhäuser Vorstadt (z. B. Memeler Straße) so zugeparkt seien, dass Rettungskräfte nicht durchfahren können und der Schul- und Kindergartenweg für Kinder sehr gefährlich sei. In der Arnoldstraße müsse die Zahl „30“ auf die Straße eingezeichnet werden, da die Schilder übersehen werden.</p> <p>Weiterhin befürchtet der Bürger durch die Einführung der zusätzlichen Stadtbahnlinie mehr Lärm und eine Verstärkung des Staus mit damit einhergehenden zusätzlichen Abgasen. Diese gelangen seiner Meinung nach durch den neuen Durchgang der Lärmschutzwand auch in das Wohngebiet, in dem er lebt.</p>	BM Wölfler bestätigt nochmals, dass die Verwaltung das Problem kenne und an einer Lösung arbeite. Das Geflecht an der genannten Straßenkreuzung sei nicht einfach zu lösen.	X	

22	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger bittet Herrn OBM Kuhn darum, seine Skepsis gegenüber der Bebauung des Gebiets „Schafhaus“ weiter beizubehalten. Bei einer Bebauung fürchten die Anwohner eine starke Zunahme des Verkehrs und den damit einhergehenden weiteren Problemen.</p> <p>Weiterhin bittet er Herrn OBM darum, sich in der Regionalversammlung gegen den Bau des Nord-Ost-Rings einzusetzen, da hier Fernverkehr angelockt werde und der Bau für Mühlhausen mit großen Nachteilen verbunden sei.</p>	<p>Der Nord-Ost-Ring werde laut OBM Kuhn im Land und Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt. Man habe ihn nicht in der Planung. Der Verband Region Stuttgart habe die Diskussion wieder aufleben lassen. Die Finanzierung stehe in keiner Weise, auch nicht im Bundesverkehrswegeplan. Diese „Pseudolösung“, mache keinen Sinn mehr und führe auch in anderen Kommunen zu Nachteilen. Im Verband werde heftig darüber gestritten, aber gegen den Willen der Stadt und des Landes könne das Vorhaben nicht durchgesetzt werden.</p>		
----	--	--	--	--

BM Wölfle verabschiedet sich mit Dank für den guten Verlauf der Einwohnerversammlung und wünscht Herrn OBM Kuhn im Namen aller Anwesenden gute Besserung.

Stuttgart, den 11. Oktober 2016

Schriftführerin

Edda Reiter-Katein